

Steffen Heitmann

● Porträts, Texte, Zitate

EINE DOKUMENTATION

I. Lebenslauf	Seite 3
II. Porträts	Seite 4
III. Texte	Seite 8
IV. Zitate	Seite 15
V. Stimmen zu Steffen Heitmann	Seite 18
VI. Stimmen zur Kampagne gegen Steffen Heitmann	Seite 20

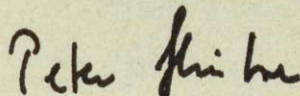
Liebe Parteifreunde,

der Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat am 1. Oktober 1993 den sächsischen Staatsminister der Justiz Steffen Heitmann als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten benannt.

In der nachfolgenden Dokumentation wird Steffen Heitmann selbst zu Wort kommen. Die Dokumentation sammelt darüber hinaus Stimmen aus Politik, Presse und Gesellschaft zu Steffen Heitmann. In seiner bemerkenswerten Rede zum 17. Juni, gehalten in diesem Jahr vor dem Deutschen Bundestag, vermerkt das Protokoll mehrfach den Beifall aller Fraktionen. Die Vermutung liegt nahe, daß Steffen Heitmann erst seit dem Tag seiner Nominierung zum Kandidaten für das Bundespräsidentenamt von einigen bewußt mißverstanden wird.

Die vorliegende Dokumentation soll dazu dienen, sich von Steffen Heitmann ein klares Bild zu machen.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Hintze

I. Lebenslauf

Steffen Heitmann

- 8. September 1944** geboren in Dresden als fünftes Kind eines kaufmännischen Angestellten und dessen Ehefrau.
- 1945** stirbt der Vater in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.
- 1957** stirbt die Mutter an den Folgen der Entbehrungen der Nachkriegszeit. Der 13jährige Steffen Heitmann wird von den Großeltern aufgenommen.
- 1951—1963** Grund- und Oberschule in Dresden.
- 1963** Abitur; Eintritt in die evangelische Kirchenverwaltung.
- 1964—1969** Studium der Theologie und Altphilologie an der Universität Leipzig.
- Seit 1965** verheiratet mit der Bildhauerin Christine Heitmann. Zwei Kinder.
- 1969** Staatsexamen der Theologie; Vorbereitungsdienst für das Pfarramt in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen.
- 1971—1973** Pfarrvikar und Pfarrer bei der Ev. Studentengemeinde Dresden.
- Ab 1973** Referent im Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamt Sachsen.
- Ab 1975** Ausbildung zum Kirchenjuristen. Zeitweise zugleich Arbeit als Pfarrer und juristischer Referent in den verschiedenen Ressorts der Kirchenverwaltung.
- 1980/81** Erstes und zweites juristisches Examen.
- Ab 1982** Leiter des Bezirkskirchenamtes Dresden.
- 1989/1990** Berater der oppositionellen „Gruppe der 20“ (Reformbewegung in Dresden in der Zeit der Wende); Mitglied der Basisdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Dresden. Mitwirkung bei der Auflösung der Bezirksverwaltung Dresden der Staatssicherheit.
- Seit April 1990** Leiter der Fachgruppe „Verfassung und Verwaltungsreform“ der Gemischten Kommission Baden-Württemberg und Sachsen; dort zugleich Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Verfassung“, die einen Entwurf der

sächsischen Landesverfassung erarbeitete. Leiter des Arbeitsstabs Verfassung/Recht/Gerichtswesen im Koordinierungsausschuß für die Bildung des Landes Sachsen; Mitwirkung im Arbeitsstab Justiz.

8. November 1990 Als parteiloser Staatsminister der Justiz Berufung in die Sächsische Staatsregierung.

1991 im Zeichen des erfolgreichen Erneuerungsprozesses der sächsischen CDU Eintritt in die Christlich Demokratische Union Deutschlands; Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat sowie der Grundsatzprogrammkommission der CDU.

Seit Januar 1993 Vorsitzender der Justizministerkonferenz der Länder.

II. Porträts

Wolfgang Hegewald, DIE ZEIT, 26. 9. 1991:

Glücklicher Sisyphos

DIE ZEIT
WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT, HANDEL UND KULTUR

Der einstige Dresdner

Studentenpfarrer ist heute sächsischer Justizminister

Der 24. sächsische Staatsminister der Justiz — vom Jahr 1831 an gerechnet, als die erste Landesverfassung Sachsens beschlossen wurde — ist ein aufmerksamer Zuhörer, und seine Antworten und Auskünfte unterscheiden sich im Tonfall deutlich von jener aggressiven Wehleidigkeit, die dem Besucher in Dresden allenthalben begegnet. Das heißt aber nicht, daß im Gespräch mit dem (...) Minister nicht auch von Verletzungen und eigenem Verletztsein die Rede war. (...)

Die Verwüstungen, die der Realsozialismus auf dem Felde des Rechts und des Rechtsbewußtseins angerichtet hat, sind immens, und hinter Heitmanns lapidarer Formulierung, er sehe eine Aufgabe darin, dem Recht wieder zu einer Würde zu verhelfen, schimmert eine Ahnung, daß das Notwendige einer herkulischen Anstrengung bedarf.

Steffen Heitmann kommt auf seine Rundreise durch sächsische Haftanstalten zu sprechen; es sind fünfzehn an der Zahl. Der Minister will sich selbst ein Bild von den Zuständen machen: Stationen eines Alptraumes. Er ordnet an, daß die schlimmsten, menschenverachtendsten Einrichtungen und Gepflo-

genheiten sofort abgeschafft und eingestellt werden — der Superlativ verrät die Ohnmacht gegenüber der schrecklichen Erbschaft.

In Bautzen läßt sich Heitmann für eine Weile in eine der berüchtigten Arrestzellen einschließen; so kann einer auch symbolisch Partei ergreifen. Die Haftpsychiatrie Waldheim schildert Heitmann als eine vom Indikativ regierte Horrorvision. Im Chemnitzer (vormals Karl-Marx-Städter) Gefängnis auf dem Kassberg hat sich das Vollzugspersonal eine Sauna gebastelt, ein grauenhaftes Idyll mit Wärtern. Steffen Heitmann erzählt konzentriert, ohne Gesten oder Posen. Manchmal färbt er einen Nebensatz demonstrativ sächsisch ein. Während des Gesprächs raucht er zwei Zigarren.

Mit zwei Zitaten bezeichnet er die Pole seines gegenwärtigen Denkens und Arbeitens — und zugleich die Spannung zwischen Aufgaben und Weg. Eins stammt von Gustav Radbruch: „Rechtsstaat ist für uns nicht nur ein politischer, sondern ein kultureller Begriff. Er bedeutet die Wahrung der Freiheit gegen die Ordnung, des Lebens gegen den Verstand, des Zufalls gegen die Regel, der Fülle gegen das Schema ...“ Das andere Wort, sein Verfasser ist Albert Camus, lautet: „Wir müssen uns Sisypchos als einen glücklichen Menschen vorstellen.“ (...)

Mitunter mag Steffen Heitmann als ein Mann von kühler Zuständigkeit erscheinen, mit feinem Gespür für Form und Distanz; dennoch empfindet der Besucher rasch, welche Energien das Ende des bösen Traums in dem enthusiastischen Dresdner freigesetzt hat.

Der Wortwechsel berührt einen heiklen Punkt: die Zumutungen und Aporien, die das Leben eines Politikers, nahe der Macht, unweigerlich mit sich bringt. Daß dieses Amt ihm gelegentlich Aufgaben von quälender Unlösbarkeit stelle, sei ihm im Zusammenhang der Überprüfung der alten Richter klarge worden, sagt Steffen Heitmann. Es müsse getan werden in dem Bewußtsein, daß diese Praxis zwangsläufig unzulänglich sei. Etwa ein Drittel, so schätzt er die Quote der alten Richter, werde an sächsischen Gerichten weiterarbeiten. Es bleibe zu hoffen, daß die Integration in die Demokratie gelingt.

Unvermittelt sagt Steffen Heitmann eine Strophe eines Gedichtes von Gottfried Benn her: „Nur nicht fragen, / nur nicht verstehn; / den Himmel tragen, / die weitergehn.“ (...)

Dann schweift das Gespräch ab, in die Vergangenheit. Nachdem der Vater 1945 in der Kriegsgefangenschaft gestorben war, zogen die Mutter und die fünf Geschwister zu den Großeltern, in eine Achzimmerwohnung. Ein geheimnisvolles Universum. Schubladen, die seit Jahren niemand geöffnet hat: Archive des Wunderbaren. Der Großvater, ein Handelsvertreter für ätherische Öle und Kosmetika, wird zur prägenden Gestalt des Kindes und sein Kontor ein sicherer Zufluchtsort.

Erste Berufswünsche: Maler oder Gelehrter. Nach dem Abitur arbeitet Steffen Heitmann ein Jahr lang in der kirchlichen Verwaltung („Unsere

umfangreiche Registratur erledigte er sicher und flott“, zitiert er lachend aus seiner Beurteilung). Dann Studium der Theologie in Leipzig; Schwerpunkt: Kirchengeschichte. Das Interesse an Sachsen und Dresden reicht weit zurück. Für kurze Zeit übernimmt Heitmann die Stelle eines zweiten Studentenfarrers in Dresden; danach tritt er als Referent ins Landeskirchenamt ein. Neben seinem Dienst läßt er sich von der Kirche zum Juristen ausbilden. Seit 1982 sammelt er als Leiter des Dresdner Bezirkskirchenamtes Erfahrungen, die nun dem Minister zugute kommen.

Die Ereignisse des Herbstes '89 brachten für Steffen Heitmann ein außerberufliches Arbeitspensum mit sich, das einen einzelnen leicht erdrücken mochte; juristischer Berater der „Gruppe der 20“; bei der Stasi-Auflösung im Bezirk Dresden mit dem sensiblen Bereich Quellenschutz betraut; Vorsitzender der Arbeitsgruppe Landesverfassung. — Das karge Stenogramm soll genügen.

Plötzlich bemerkt der Besucher, daß eine dritte Person im Zimmer des Ministers anwesend ist. Ein Bronzekopf; das Gesicht verrät eine phantastische Aufmerksamkeit: E.T.A. Hoffmann, Poet und Jurist, von Christine Heitmann modelliert. Ganz in der Nähe des sächsischen Gesamtministeriums hat sich einst ein Märchen aus der neuen Zeit zugetragen, das unter dem Titel „Der Goldene Topf“ bekannt wurde. Wir beginnen uns zu erinnern, der Staatsminister und sein Porträtist: Vor etwa fünfzehn Jahren versteckte der Referent Steffen Heitmann die Manuskripte eines namenlosen, von schmierigen Stasi-Chargen bedrängten Dresdner Prosaverfassers, der ich gewesen bin, im Landeskirchenamt. Die Pointe, daß ein Justizminister in spe die Texte vor den Bütteln verbarg, hätte damals unser Vorstellungsvermögen überstiegen. (...)

**Friedrich Karl Fromme,
FRANKFURTER ALLGEMEINE,
10. 9. 1993:**

Der Kandidat

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Gesichtszüge zeigen eine Mischung aus Härte und Empfindsamkeit; dazu Skepsis und auch das Bewußtsein einer christlichen Pflicht, dem Menschen doch zu vertrauen. Steffen Heitmann, seit Ende Oktober 1990 Sächsischer Staatsminister der Justiz, ist nun der von der Union erklärte Kandidat für das Bundespräsidentenamt, als einer aus den neuen Ländern, wie Kohl es will. Heitmann bevorzugt die leisen Töne. Natürliche Autorität geht von ihm aus: Zugewandtheit zu den Menschen, aber auch Distanz. Ironie ist ihm ein Schutzschild. Dennoch ist er für andere da, er vermeidet jeden Hochmut — auch wenn er, zum Beispiel, in einer der sächsischen Straf-

anstalten mit dem Gefangenenbeirat spricht; das sind heute nicht mehr „Politische“.

Heitmann ist bewußter Christ, mit den Strömungen in seiner, der Evangelisch-Lutherischen, Kirche Sachsens vertraut. Er wurde 1944 in Dresden geboren, ist dort aufgewachsen und in der Stadt stets wohnhaft gewesen, mit der Ausnahme seines Studiums der Theologie in Leipzig. Für einen, der sein ganzes Leben in der Sowjetzone/DDR verbrachte, hat er viel vom deutschen Bildungsbürgertum aufgenommen und bewahrt. Die Eltern hat er früh verloren, bei den Großeltern wuchs er in einem erhalten gebliebenen Dresdner Ambiente auf. Er absolvierte nebenher eine Ausbildung als Kirchenjurist. Nach einer Dienstzeit als Studentenfarrer hat er sich der Kirchenverwaltung gewidmet; zuletzt war er Verwaltungschef des mittelsächsischen Kirchenbezirks Dresden. In die weite Welt hat er, zu DDR-Zeiten, nicht hinausgestrebt. Ob Heitmann erwartet hat, die deutsche Einheit noch zu erleben, ist fraglich. Aber er war entschlossen, eine Verbindung mit dem SED-Regime nicht zu schließen.

Von daher rührt es, daß er die DDR-Vergangenheit nicht als eine Zeit nur des Vorenthaltens des Wohlstands sieht, sondern als eine der Bedrückung, zu der auch Unterdrücker gehören. Denen ist zu vergeben, wenn sie erkennen und bereuen. So gesehen, würde sich in der Person Heitmanns die Idee Kohls erfüllen, als er befand, der nächste Bundespräsident solle aus den neuen Ländern kommen: Die innere Vereinigung von Opfern und kleinen Tätern, von Bedrängten und (im Westen lebenden) Gleichgültigen, das ist eine grobe Skizze der deutschen Aufgabe nach der Vereinigung.

Nicht nur, daß Heitmann sich mit der SED nie eingelassen hat (und ein entsprechend strenges Urteil hat über solche, die dies taten und die jetzt tun, als wäre nie etwas gewesen): er hat einem geistigen Deutschland nachgelebt und nachgestrebt, auf die Gefahr hin, wenn die Geschichte anders verlaufen wäre, ein Außenseiter zu bleiben. Das zu sein, hat er die innere Kraft, Wohlstandsstreben als Lebenserfüllung ist ihm eine fremde Kategorie. Im Herbst 1989 war er bei der Bürgerbewegung; er ist bei der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes in Dresden vorangegangen, hat die Bürgerbewegten beraten im Sinne einer streitbaren Friedlichkeit. Er ist Dresdner aus dem Gefühl und Sachse aus Überzeugung. Er weiß, daß sich politische Neugestaltung nicht im rühmenden Reden über eigene Heldentaten erschöpfen kann.

Heitmann hat den wiederkehrenden Freistaat Sachsen mitgestaltet, seine Verfassung geformt, dabei der besonderen Befindlichkeit seiner ostdeutschen Landsleute Rechnung getragen. Erst Ende 1991 trat er der CDU bei. Die Aufgabe, nach dem absoluten Gegenteil aus der DDR-Zeit die Justiz im Sinne des Rechtsstaates wiederaufzubauen, hat Heitmann gereizt. Wo Härte nötig war, hat er sie nicht gescheut.

III. Texte

Staatsminister Steffen Heitmann: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Juni 1993

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für mich nicht ohne innere Bewegung, heute am vierzigsten Jahrestag des 17. Juni 1953 hier im Deutschen Bundestag zu sprechen. Ich habe als Neunjähriger die Verworrenheit und die Angst der Tage vor 40 Jahren erlebt, und ich habe bis zum Ende der DDR mit dem Trauma gelebt, das der 17. Juni für die meisten DDR-Bürger bedeutete, mit der Angst vor der Brutalität sowjetischer Panzer zu leben, die immer im Hintergrund bereitstanden.

Ich hatte die Hoffnung auf den Sturz dieses Systems und auf eine Wiedervereinigung Deutschlands aufgegeben. Es ist für mich nach wie vor ein Wunder in des Wortes wahrster Bedeutung, also etwas nach menschlichem Ermessen nicht Mögliches, daß dieses System zusammengestürzt ist, daß die Wiedervereinigung möglich war und daß ich heute in einem geeinten und freien demokratischen Deutschland leben kann.

Warum ist die Freude über dieses Wunder, die ja doch die große Mehrheit unseres Volkes in Ost und West geteilt hat, so schnell verfliegen? Warum verkommt vielen der Weg zur inneren Einheit unseres Vaterlandes immer mehr zu einem zähen, nörgelnden, mißmutigen Prozeß?

Ich glaube, auf diese Frage gibt es keine eindeutige und keine einfache Antwort. Viele Aspekte spielen eine Rolle. Ich möchte einen Aspekt herausgreifen, zu dem der heutige Tag besonders herausfordert. Das ist der Umgang mit unserer Vergangenheit nach der deutschen Einheit. Er erscheint vielen in Ost und West unbefriedigend, allerdings aus ganz unterschiedlichen, zum Teil sogar gegensätzlichen Gründen.

Die einen sagen: Die Verantwortlichen des SED-Regimes müssen mit aller Härte bestraft werden. Macht keinen langen Prozeß, es dauert schon viel zu lange! — Sie sind empört über den schonenden und teilweise ja wirklich hilflosen Umgang des Rechtsstaates mit den SED-Größen. Die anderen sagen: Was soll das alles? Wollen wir doch froh sein, daß die Diktatur und der ganze Dreck der Staatssicherheit hinter uns liegen! Jetzt gilt es, nach vorn zu blicken, aufzubauen, gemeinsam nach vorne zu gehen. Versöhnung ist angesagt.

Ich muß gestehen, daß ich bei meinen ersten Einblicken in die Akten der Staatssicherheit auch über mich selbst zu dieser Auffassung neigte und sagte: Wäre das nicht das Beste?

Wieder andere sagen, das Strafrecht ist ungeeignet zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Ihr ahndet damit doch nicht die eigentliche Verantwortlichkeit. Die Kleinen hängt ihr, die Großen laßt ihr laufen. Amnestie ist angesagt.

Es gibt schließlich die, die, allerdings meist aus durchschaubaren Gründen, die Bemühungen um einen glaubwürdigen Neuanfang diffamieren. Mit Blick auf das Strafrecht sprechen diese Leute von „Siegerjustiz“, mit Blick auf die Bewertung von Tätigkeit für die Staatssicherheit von „Ausgrenzung“ oder „Berufsverbot“ oder gar — das ist dann die Spitze geistiger Verwirrung — von einer „Vergleichbarkeit mit der Judenverfolgung im sogenannten Dritten Reich“. So sprechen die, die Anteil an der Macht in der DDR hatten.

Daß diese vielfache Unzufriedenheit mit unserem Umgang mit der Vergangenheit besteht, hängt meines Erachtens mit der Art und Weise unserer Revolution zusammen. Ich bestehe darauf, daß es eine Revolution war und keine „Wende“, auch wenn sich dieser Begriff eingebürgert hat.

*(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Eine Diktatur ist beseitigt worden, ein Staat ist mit Willen des Volkes verschwunden, eine neue Rechts- und Wirtschaftsordnung ist errichtet; eine „Wende“ wollte Egon Krenz, von dem dieser Begriff stammt. Es war aber eine besondere Revolution: Es war eine friedliche Revolution. Die Friedlichkeit dieser Revolution hat einen besonders hohen Wert. Ich denke, das ist in unserer Geschichte noch nicht vorgekommen und daher einmalig.

Wie alles in dieser Welt hat diese Friedlichkeit aber auch eine Kehrseite. Die bisherigen Eliten sind nicht in einem revolutionären Akt beseitigt worden; sie wurden, nahezu unbeschadet, geradezu vorsichtig mit in den Rechtsstaat hinübergenommen. Das beste Beispiel dafür ist die Tatsache, daß die für Diktatur und Unrecht in der DDR verantwortliche Institution in rechtlicher Kontinuität — wenn auch unter verändertem Namen — heute hier im Deutschen Bundestag sitzt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist an sich ein absurdes Ergebnis für eine Revolution.

Die Kehrseite der Friedlichkeit war eine schaumgebremste Revolution.

(Dr. Wolfgang Schäuble, CDU/CSU: Völlig richtig!)

Ich bedaure das nicht; ich stelle es fest.

Wir müssen nun bereit sein, auch die Folgen zu tragen. Wir haben den

Rechtsstaat gewollt; jetzt haben wir nur die Mittel des Rechtsstaates, um mit den Verantwortlichen umzugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

Da ist gut so, denn wir wollten nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Das Strafrecht kann nicht das nachholen, was die Revolution nicht geleistet hat, nicht leisten wollte. Gerade weil das aber so ist, muß nach meiner Überzeugung der Rechtsstaat mit aller Entschiedenheit das tun, was er tun kann, nicht verbissen, sondern gelassen und selbstverständlich. Das ist zweierlei: Er muß zum einen die Täter von damals, soweit ihnen Straftaten mit den Mitteln des rechtsstaatlichen Strafrechts nachweisbar sind, mit aller Konsequenz strafrechtlich zur Verantwortung ziehen; und er muß zum anderen Glaubwürdigkeit eines Neuanfangs dadurch zu schaffen suchen, daß er Funktionsträger des DDR-Systems und Mitarbeiter der Staatssicherheit von politischen Mandaten und vom öffentlichen Dienst fernhält — nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Überzeugung, daß es dazu gegenwärtig keine Alternative gibt. Ich sehe dafür drei Gründe:

Erstens. Der Rechtsfrieden muß hergestellt werden. Die Opfer, die oft Jahrzehnte ihr Leid und ihre Demütigung in sich vergraben mußten, haben einen Anspruch auf Genugtuung durch Rehabilitierung einerseits und durch Bestrafung der Täter andererseits. Opfer und Täter sind in aller Regel klar zu unterscheiden. Man darf auf Grund einer Ausnahme nicht das Hauptprinzip in Frage stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir Deutschen haben schon einmal eine Diktatur und ihren Zusammenbruch erlebt. Ich will die Diktaturen, Herr Abgeordneter Heuer, nicht einfach vergleichen. Aber so verschieden sie waren, sie waren beide menschenverachtend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In gewisser Weise stehen wir jetzt vor dem gleichen Problem des Umgangs mit der Vergangenheit wie nach 1945. In Ost und West ist die damalige Vergangenheit auf sehr unterschiedliche Weise verdrängt worden: Im Osten hat man sich aus der Geschichte gestohlen; im Westen hat man sie unter den Teppich gekehrt. Was verdrängt wird, schafft sich Raum zur Unzeit und unkontrolliert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, im Westen war die 1968er-Bewegung wesentlich durch die rasche Verdrängung der Nazi-Vergangenheit nach 1945 verursacht. Wir dürfen die Geschichte nicht ein zweites Mal unter den Teppich kehren.

Um der Zukunft unseres Landes willen muß Vergangenheit erhellt und bewertet werden. Übrigens gilt das für Ost und West in gleicher Weise. Wir sind ein Volk, und wir haben nunmehr eine Vergangenheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Ich meine, daß die konsequente Erhellung und Bewertung der Vergangenheit zur inneren Integration unseres Volkes notwendig ist. Viele Menschen im Osten empfinden durch den Einigungsprozeß ihre Biographie als in Frage gestellt. Mir ist das jetzt deutlich geworden, als ich in einem Interview gesagt hatte: Für mich ist das Bewahrenswerte an der DDR die Art und Weise ihres Untergangs. Das ist — wie ich dann in Gesprächen merkte — mißverstanden worden, so als würde ich unser jeder persönliches Leben in der DDR negativ bewerten.

Mit dem Untergang der DDR, mit der Verurteilung der dortigen politischen Verhältnisse fühlen die Menschen ihr Leben diffamiert. Dies wird mitunter durch Menschen aus dem Westen verstärkt, die die Ostbürger zu einem Volk von Spitzeln erklären oder Mitleid vortäuschend sagen: Die konnten ja nicht anders. Ein Überheblichkeitssyndrom verstärkt ein Minderwertigkeits-syndrom.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Konsequente Erhellung und Bewertung der Vergangenheit bringt nicht nur die Taten der Täter zutage, sondern zeigt auch die Standhaftigkeit, den Mut und die geduldige, stille Verweigerung der Mehrheit der Deutschen im Osten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Biographien sind unterschiedlich; und das muß zutage treten. Die Biographien beziehen ihren menschlichen Wert nicht aus Wohlstand und freiheitlicher Lebensweise, sondern aus moralischer Haltung und menschlicher Substanz.

Nicht in Versuchung geführt worden zu sein, ist kein Verdienst, sondern Grund zur Dankbarkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Versöhnung zwischen Ost und West sowie zwischen Ost und Ost muß am Ende des Prozesses der deutschen Wiedervereinigung stehen. Aber Versöhnung ohne Wahrheit und ohne Schulderkenntnis und Schuldbekennnis wird nicht möglich sein. Einfacher geht es nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Staatsminister Steffen Heitmann: Vorwort zu „500 Tage Sächsisches Staatsministerium der Justiz – Eine Zwischenbilanz“ Dresden 1992

„Wir haben Gerechtigkeit erwartet und den Rechtsstaat bekommen.“

(Bärbel Bohley)

„In der Jugend meinen wir, das Geringste, das die Menschen gewähren könnten, sei Gerechtigkeit. Im Alter glauben wir, daß es das Höchste ist.“

(Marie von Ebner-Eschenbach)

Wer hat nun Recht? Bei Bärbel Bohley schwingt Enttäuschung mit. Aber hüten wir uns, den Rechtsstaat mit zu großen Erwartungen zu überfrachten. Juristen wissen darum, daß Gerechtigkeit und Rechtsstaat zwei selbständige Kategorien sind. Dabei ist der Rechtsstaat durchaus auch der Gerechtigkeit verpflichtet. Er beschränkt die staatliche Gewalt um der Staatsbürger willen und fordert von denen Verantwortlichkeit ein, die ihre Macht mißbrauchen. Ich kenne keine Staatsform, die der Gerechtigkeit eine bessere Heimstatt gibt, als den Rechtsstaat.

Mir ist die Aufgabe übertragen worden, in Sachsen den Rechtsstaat aufzubauen. Ich habe mich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen:

Zum Aufbau des Rechtsstaats in Sachsen bedurfte es der vollständigen strukturellen und personellen Erneuerung der Justiz. Noch in diesem Jahr sollen selbständige Fachgerichtsbarkeiten nach westdeutschem Vorbild entstehen. Anfang 1993 soll der vierstufige Gerichtsaufbau — Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und Bundesgerichtshof — bei Zivil- und Strafgerichten folgen. Die Grundbuchämter sind in die Regie der Justiz übergegangen und müssen ihre Rolle beim wirtschaftlichen Aufschwung Sachsens spielen. Der Justizvollzug wird erneuert; menschenunwürdige Hafteinrichtungen werden Schritt für Schritt geschlossen und neue, dem modernen Strafvollzug gerecht werdende Einrichtungen aufgebaut. Von denen, die bereits zu Zeiten der ehemaligen DDR in der Justiz Dienst taten, sollen alle, die nach aufwendigen und gründlichen Überprüfungsverfahren als unbelastet gelten können, ihre Chance zu einem beruflichen Neuanfang in der sächsischen

Justiz erhalten, ebenso wie diejenigen, die aus den alten Bundesländern zu uns gekommen sind, um beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Justiz in Sachsen mitzuhelfen. Für einen Übergangszeitraum freilich, bis Sachsen eigenen Justiznachwuchs herangebildet hat, wird die Justiz nur Bestand haben dank der bereitwilligen und großzügigen Unterstützung durch unsere Partnerländer Baden-Württemberg und Bayern.

Mit den Mitteln des Rechtsstaats ist die Vergangenheit aufzuhellen und zu bewerten. Die wichtigsten Straftatbestände des StGB — Mord, Totschlag, Körperverletzung, Erpressung, Nötigung etc. — waren auch im Strafgesetzbuch der ehemaligen DDR vorhanden. Parteibefehle können nicht einfach von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit freizeichnen. Die Strafnormen dürfen nicht im Sinne einer Partei angewendet werden, die nach Belieben über dieses Recht verfügt hat. Das ist auch meine Position in der Verjährungsdebatte. Es ist ein Gebot des Rechtsstaates, begangenes Unrecht zu verfolgen. Entzieht ein Staat — wie die ehemalige DDR — dieses Unrecht der Verfolgung, darf das nicht noch durch rechtsstaatliche Verjährungsfristen im nachhinein „gutgeheißen“ werden. Natürlich hat die Verjährung während der Existenz der SED-Herrschaft geruht.

Wir haben bei der Staatsanwaltschaft in Dresden eine Schwerpunktabteilung zur Verfolgung von SED-Unrecht eingerichtet. 14 Staatsanwälte bearbeiten mittlerweile fast 6000 Verfahren. Es bleibt mein zentrales Anliegen, daß ein wehrhafter Rechtsstaat hier weiterhin Flagge zeigt. Was der Rechtsstaat mit seinen Mitteln erreichen kann, das muß er zu erreichen suchen, wohl wissend, daß die Erhellung und Bewertung der Vergangenheit ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß ist, in dem das Strafrecht nur einen Part spielt.

Die Opfer des SED-Unrechts-Regimes müssen rehabilitiert werden. Sie müssen die Möglichkeit haben, Unrechtsurteile und unrechte staatliche Maßnahmen im nachhinein aus der Welt zu schaffen, soweit das überhaupt möglich ist. Der Makel, Unrecht getan zu haben, soll an den wirklichen Tätern haften. Für viele ist — das zeigen meine persönlichen Erfahrungen aus ungezählten Gesprächen — diese, oftmals späte, Bestätigung und Genugtuung von großer Bedeutung. Sie ist häufig wichtiger als eine anschließende finanzielle Entschädigung. Wiewohl es für einen Rechtsstaat selbstverständlich sein sollte, erlittenes Unrecht im Rahmen seiner Möglichkeiten auch finanziell auszugleichen.

Wir müssen ein neues Rechtsbewußtsein schaffen. Wenn Umfragen ergeben, daß 75 Prozent bis 80 Prozent der neuen Bundesbürger mit dem neuen System nicht zu Rande kommen, nimmt das nicht wunder. Daran ist der Gesetzgeber nicht ganz schuldlos, bemüht er sich doch, die Einheit mit immer komplizierteren Rechtsregeln zu beherrschen. Für die neuen Bundesländer können die Gesetze aber nicht einfach und einsehbar genug sein. Hier ist viel Aufklä-

rungsarbeit vonnöten, und zwar nach zwei Seiten: Wir dürfen nicht ruhen, in Bonn immer wieder verständlichere Regelungen einzufordern, und wir müssen unsere eigenen Gesetzentwürfe immer wieder prüfen, ob die Bürger sie verstehen können.

Nur Gesetze, die verstanden werden, werden auch befolgt. Über unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit Informationsbroschüren und -veranstaltungen haben wir aufzuklären; die Gerichte müssen es durch ihre Rechtsberatungsstellen tun. Wir sind verpflichtet, die Möglichkeiten, die uns der Bundesgesetzgeber mit dem Beratungshilfegesetz eröffnet hat, voll auszuschöpfen. Hier heißt es, zugunsten unserer Bürger bis an die Grenzen des Zulässigen gehen! Aber auch von manchem Bürger müssen wir mehr Mut verlangen. Die alten Abhängigkeiten und Gängeleien sind gefallen, mit der neuen Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit müssen sie leben lernen. Reiner Kunze hat einmal gesagt: „Es gibt nichts Begehrteres, aber auch nichts Unbequemes als die Freiheit.“

Marie von Ebner-Eschenbach hat Recht: Gerechtigkeit ist das Höchste. Der Rechtsstaat ist eine unabdingbare Voraussetzung, Gerechtigkeit zu verwirklichen, soweit das auf dieser Welt überhaupt möglich ist. Zwar ist der Weg beschwerlich und das Ziel nur mühsam zu erreichen, doch wir haben keine bessere Wahl. Allein der Widrigkeiten und Mängel wegen den Rechtsstaat generell zu diskreditieren, wäre ein verhängnisvoller Fehler. Wir haben allen Grund, zuversichtlich und tatkräftig an seinem Aufbau zu arbeiten.

IV. Zitate

● **DDR-Vergangenheit:**

„Der Marxismus-Leninismus als Staatsdoktrin der DDR verstand sich als eine wissenschaftlich begründete, damit allen anderen Weltanschauungen überlegene Lehre mit universalem und absolutem Anspruch. Aus dieser Heilslehre erwuchs der Führungsanspruch der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse als ein vorrechtliches Glaubensgut. Recht wurde von der marxistisch-leninistischen Theorie des Staates und des Rechts umständlich und wortreich definiert als Mittel zum Zweck der Machterhaltung der Partei. Dementsprechend war Parteilichkeit bei Rechtsanwendung und Rechtsprechung ausdrücklich ein positives Prinzip, zu dem Juristen erzogen und genötigt wurden.“ (Das Parlament, 27. August 1993)

● **Friedliche Revolution:**

„Im revolutionären Herbst 1989 gab es in der DDR zwei zentrale Forderungen: Marktwirtschaft und Rechtsstaat. Marktwirtschaft war Synonym für individuellen Wohlstand, Rechtsstaat für persönliche Freiheit. Der Begriff des Rechtsstaates leitete sich dabei nicht aus der abendländischen Rechtstradition her, von der wir ja abgeschnitten waren, sondern er bildete sich als Gegenüber zum negativen Erleben im herrschenden realen Sozialismus, den diktatorisch zu nennen, sich kaum noch jemand getraute. Der Gegensatz zum Rechtsstaat ist der Unrechtsstaat. War die DDR ein Unrechtsstaat? Der wissenschaftliche Streit darüber hat schon begonnen. Mögen ihn Historiker und Politologen führen. Für mich ist klar: Die DDR war jedenfalls kein Rechtsstaat.“ (Das Parlament, 27. August 1993)

● **Einheit/deutsche Nation:**

„Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. Diesen Satz höre ich in einer Weise und mit einem Hintergrund gebraucht, wie ich ihn nicht gebrauchen kann. Nur, was es für uns, die wir in der DDR gelebt haben, bedeutet, auf unseren Meldezettel nicht mehr DDR schreiben zu müssen, sondern schlicht deutsch, das kann wahrscheinlich jemand im Westen sich schwer vorstellen.“ (Süddeutsche Zeitung, 18. 9. 1993)

„Versöhnung zwischen Ost und West sowie zwischen Ost und Ost muß am Ende des Prozesses der deutschen Wiedervereinigung stehen. Aber Versöhnung ohne Wahrheit und ohne Schuldkenntnis und Schuldkenntnis wird nicht möglich sein.“ (Welt am Sonntag, 12. 9. 1993)

● Rechtsstaat:

„Nach 1945 mußte jeder, der sich mit seiner Nazi-Vergangenheit auseinandersetzte, damit rechnen, nach Sibirien oder in ein Lager zu wandern. Heute wandert niemand in ein Lager. Er lebt in einem Rechtsstaat.“ (Die Welt, 12. 12. 1991)

„Der Rechtsstaat muß zum einen die Täter von damals, soweit ihnen Straftaten mit den Mitteln des rechtsstaatlichen Strafrechts nachweisbar sind, mit aller Konsequenz strafrechtlich zur Verantwortung ziehen. Er muß zum anderen Glaubwürdigkeit eines Neuanfangs dadurch zu schaffen suchen, daß er Funktionsträger des DDR-Systems und Mitarbeiter der Staatssicherheit von politischen Mandaten und vom öffentlichen Dienst fernhält — nicht mehr, aber auch nicht weniger.“ (Welt am Sonntag, 12. 9. 1993)

● Europa:

„Europa ist für mich eine Selbstverständlichkeit.“ (Süddeutsche Zeitung 18. 9. 1993).

„Europa ist notwendig, ist unausweichlich, für Deutschland zumal und nach der Einheit nochmals besonders. Wir brauchen Europa, weil es eine Sonderrolle Deutschlands nicht geben darf. Wir müssen ein normales Volk unter normalen Völkern sein.“ (Süddeutsche Zeitung, 18. 9. 1993)

„Zusammen mit der Neuorientierung Deutschlands muß es eine Neuorientierung Europas geben. Europa wurde bisher vielfach auf Westeuropa begrenzt, es ist jetzt um die ehemalige DDR erweitert, aber Europa reicht natürlich weiter nach Osten. Ich halte deshalb eine Erweiterung der EG nach Osten für unerläßlich. Aber ich weiß auch, daß das nur mit Augenmaß geschehen kann, wenn man nicht gefährden will, was jetzt bereits besteht.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17. 10. 1993)

● Zusammenleben mit Ausländern:

„Schauen Sie doch die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland an: Die integrierten Ausländer sind doch nicht das Problem. Die leben in Deutschland, die sind eingefügt, haben kulturelle Elemente von Deutschland übernommen, strukturelle Elemente, haben zum Teil ihre eigenen Traditionen behalten. Und das fügt sich ineinander.“ (Süddeutsche Zeitung, 18. 9. 1993)

„Aber man muß dieses Problem angehen, man muß das Problem der Integration der Ausländer in Deutschland ansprechen, und man muß die Ängste der Menschen ernst nehmen und besprechen, ohne daß man gleich in die rechte Ecke gestellt wird.“ (MDR 3, 6. 4. 1992)

● Asyl:

„Ich halte das Grundrecht auf Asyl für einen unverzichtbaren Bestandteil des Grundgesetzes. Viele, vor allem deutsche Juden, aber auch andere Emigranten, standen in der Nazi-Zeit vor den verschlossenen Türen der europäischen Staaten. Die Berichte aus dieser Zeit erschüttern mich. Allerdings war bei der Erarbeitung des Grundgesetzes die heutige Situation überhaupt nicht absehbar: Die offenen Grenzen, die Freizügigkeit, die Mobilität der Menschen und vor allem die sich ständig vergrößernde Armut in der Welt. Die neue Situation erfordert auch ein neues Nachdenken. Wir dürfen uns in Deutschland nicht übernehmen und das politisch Machbare aus den Augen verlieren.“ (Dresdner Neue Nachrichten, 19./20. 4. 1992)

● Familie:

„Frauen, die Kinder haben, Familien, die Kinder haben, müssen echte steuerliche Vorteile haben. Es muß echte steuerliche Anreize geben, um Kinder zu haben. Und wo sich das steuerlich nicht auswirkt, müßte man das Kindergeld aufstocken.“ (Süddeutsche Zeitung, 18. 9. 1993)

„Ich bin dafür, noch viel mehr Teilzeitarbeitsplätze anzubieten — egal ob dann der Mann oder die Frau für die Kinder sorgt. Ich bin dafür, daß Personen, die wegen der Kindererziehung — übrigens auch wegen der Pflege alter Verwandter — zu Hause geblieben sind, nicht wegen der Zeit, die ihnen fehlt, Schwierigkeiten haben, wieder in den Beruf einzutreten.“ (ebenda)

„Für fragwürdig halte ich einen Vorstoß, der eheähnliche Lebensgemeinschaften der Ehe gleichstellt. Der Staat hat ein ganz elementares Interesse an stabilen Familien und stellt sie deshalb unter besonderen Schutz. Die Gleichstellung würde jenen Schutz de facto wieder aufheben. Lebensgemeinschaften anderer Art werden durch diesen Verfassungsartikel nicht diskriminiert.“ (Neue Zeit, 14. 5. 1993)

V. Stimmen zu Steffen Heitmann

PFARRER ROLAND ADOLPH, Weggefährte Heitmanns bei der Stasi-Auflösung zu DDR-Zeiten: „Der erste Versuch einer Aufklärung der Stasi-Vergangenheit ist von Steffen Heitmann maßgeblich mitverantwortet worden. Ich kenne Herrn Heitmann als intelligenten und im besten Sinne allgemein gebildeten Menschen. (...) Als Dresdner hat sich der jetzige Justizminister Sachsens immer gefühlt, auch als Deutscher und als Europäer, aber nie als DDR-Bürger. Dahinter stand eine grundlegende Ablehnung der DDR als Unrechtsstaat. Diese Position vertrat Heitmann schon immer, nicht erst heute.“ (Medien Dialog, 9/1993)

DIETER SCHRÖDER, Chefredakteur „Süddeutsche Zeitung“: „Er wirkt irgendwie ungebrochen, obwohl er in der DDR aufgewachsen ist.“ (Bild, 12. 10. 1993)

FRIEDRICH KARL FROMME, Innenpolitik-Chef der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Ein beharrlicher Widerstrebender in der Zeit der DDR.“ (Bild, 12. 10. 1993)

HELMUT MARKWORT, Chefredakteur „Focus“: „Er hat sich unter dem SED-Regime einwandfrei verhalten und hatte gerade deswegen nicht die Chance, bekannt zu werden.“ (ebenda)

DER SPIEGEL über Steffen Heitmann, als er noch nicht Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten war: „Steffen Heitmann ist der einzige Ossi unter den deutschen Justizministern. Das Amt verdankt Heitmann, 46, vor allem seiner Glaubwürdigkeit als Mann der Wende.“ (Der Spiegel, 31/1991, 29. 7. 1991)

Pressekommentare:

DIE WELT, 12. 10. 93: „Wenn von der DDR-Vergangenheit belastete Männer wie der ehemalige DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel und der Schriftsteller Stefan Heym öffentlich und lautstark gegen Heitmann Position beziehen, so kann dies bei allen vorurteilsfreien Bürgern in dieser Republik zwangsläufig nur Nachdenken hervorrufen. Wenn Steffen Heitmann solche Gegner hat, müßte dies selbst für Skeptiker ein gewichtiger Grund sein, ihn zu unterstützen und zu wählen. Gegen Heitmann stehen nun

nämlich nicht nur die Überheblichkeit satter westlicher Intelligenz, sondern auch Repräsentanten einer düsteren DDR-Vergangenheit. (...)

Ein Staatsoberhaupt aus dem Osten Deutschlands muß zuallererst und aus eigener Erfahrung die innere Einheit als Thema haben. Ihm muß sich Steffen Heitmann widmen. Und dabei kann er sich durchaus treu bleiben: Wer ehrlich an der Einheit arbeiten will, der kann das Unrecht, das der Sozialismus geschaffen hat, nicht leugnen und nicht vergessen. Gerade unter diesem Aspekt ist Heitmann ein geeigneter Kandidat.“

FRANKFURTER ALLGEMEINE, 19. 1. 93: „Steffen Heitmann, der Justizminister des Freistaats Sachsen. Er ist der einzige Justizminister der neuen Länder, der aus dem Osten stammt. Hinzu tritt, daß Heitmann der Nachsicht nicht bedarf, welche die hochmütigen westlichen Politiker ihren Kollegen aus dem Osten angedeihen lassen. (...)

Er war bei der ‚Gruppe der 20‘, in der sich die vielfältigen Kräfte der Bürgerbewegung in Dresden zunächst als Widerpart des ausgehenden SED-Staates manifestierten. (...)

Heitmann wünscht sich ein hartes Abrechnen mit der DDR- und SED-Vergangenheit. Wer in seinem Zuständigkeitsfeld für die Stasi gearbeitet hat, hat keine Chancen. Übertreibende Nachsicht gegenüber Rechtsbrechern ist Heitmanns Sache nicht. Hier ist er durchaus konservativ; es gibt für ihn Regeln, die gewahrt werden müssen. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dem Strafvollzug. In der Führung des Strafvollzugs auf einen Mittelweg zwischen Autorität und Nachsicht sieht Heitmann eine wichtige Aufgabe. Das ist alles jenseits der Parteipolitik. (...)

Die Rechtspolitik möchte Heitmann nicht unter dem Gesichtspunkt der Parteipolitik sehen. Die gehörige Dosis Skepsis hat ihm sein Lebenslauf mitgegeben. Als Vorsitzender der Justizministerkonferenz wünscht sich Heitmann weniger Spaltung nach parteipolitischen Grenzen. Von der ordnenden Funktion des Rechts hält Heitmann viel. Leichthin wird gesagt, der Westen müsse auch vom Osten lernen. Heitmann wäre hier ein nicht belehrend wirkender Vermittler.“

VI. Stimmen zur Kampagne gegen Steffen Heitmann

Bei folgendem Beitrag handelt es sich um einen Brief des sächsischen Umweltministers **Arnold Vaatz** an den Chefredakteur des „Stern“, Rolf Schmidt-Holtz, den dieser bisher nicht abgedruckt hat. (Erschienen in: Die Welt, 12. 10. 1993)

„Sehr geehrter Herr Schmidt-Holtz,

Sie waren so freundlich, mich zu einem Gespräch zu bitten — als Chefredakteur der erfolgreichsten Zeitschrift in Europa, wie es im Brief einladend hieß. Ich wurde plötzlich krank und mußte absagen. Hätte ich damals den „Stern“ Nr. 39 schon gelesen, hätte ich auch abgesagt, wenn ich gesund gewesen wäre. (...)

Beachtlich ist Ihre Angst um den Zustand der Maßstäbe, ‚wenn als Qualifikation fürs Präsidentenamt eine offenkundige Unbescholtenheit, die Nicht-Verstrickung in den SED-Apparat, ostdeutsche Herkunft und ein CDU-Parteibuch ausreichen‘. Diese Auffassung teile ich. Ich lehne es aber ab, insoweit Perlen vor die Säue zu werfen, daß ich Ihnen beschreibe, welche Eigenschaften Heitmanns ihn zu diesem Amt nach meiner Auffassung qualifizieren. Aber vielleicht soviel: Er wird in der Lage sein, ‚notfalls allen in diesem Staat, Regierung, Opposition, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen, Medien den nassen Lappen Wahrheit um die Ohren zu hauen‘. Er wird ab und zu irren, wie Heuss, Lübke, Heinemann, Scheel, Carstens und Weizsäcker vor ihm geirrt haben. Aber er wird es klarer als mancher seiner Vorgänger tun. Nur, zu den von Ihnen zuletzt genannten ‚Medien‘ zählt auch der ‚Stern‘; Ihr Geschrei zeigt, daß Sie ihm genau das zutrauen.

Aber zurück zu dem von Ihnen in hochqualifiziertem Deutsch formulierten Kriterium ‚Nicht-Verstrickung in den SED-Apparat‘ — das, wie Sie und ich meinen, nicht allein für das Präsidentenamt ausreichend ist; wenn man Ihr Blatt über längere Zeit verfolgt, dann gewinnt man in der Tat eher den Eindruck, daß Verstrickung in den SED-Apparat (um bei Ihrem Deutsch zu bleiben) als Qualifikation für jedes höhere Amt in Deutschland geradezu notwendig sei. Ihr Einsatz für den Genossen Stolpe, der doch, nicht wahr, Herr Chefredakteur, das Herz auf dem rechten Fleck seiner Weste hat, zeigt das doch; egal, was bunte Vögel wie Bohley, Gauck, Poppe oder Köppe reden. Was sind sie schon gegen den anderen Stern, den „Stern“, von dem aus Sie den alten Kameraden von damals die stinkenden Wunden verbinden. Der

„stern“ hat doch die zig Jahre Demütigung, Rechtsbeugung, Quälerei und Vergewaltigung in Ostdeutschland nicht beendet. Der „stern“ doch nicht und Sie doch nicht, hochverehrter Herr Chefredakteur, Sie haben hier nichts beendet. Nicht einmal gewollt haben Sie ein Ende dieser Prozeduren! Es hat Ihnen doch gefallen, aus Ihrer sicheren Entfernung, was man im Osten so trieb. Sie saßen doch sicher, warm und muffig in Ihrem süßen Achtundsechzigerbrei und projizierten die DDR als humane Alternative an die Westseite der Mauer. Daß Sie die Heitmanns hassen, die damals von den Stasi-Blöcken umkläfft auf den Tribünen vor den Demonstranten ihre Manuskripte auseinanderfalteten und für das Leben und die Gesundheit der Menschen in Ostdeutschland zitterten, ist doch klar. Immerhin treten Sie uns nicht in die Nieren, wie weiland die Genossen Schließer in den DDR-Strafvollzugseinrichtungen das taten, denn wenn wir dann leicht aufjaulen, könnte dies ja Ihr liberales Flair beeinträchtigen.

Wer ‚Rassisten und Neonazis geistige Nahrung‘ gibt, ist gefährlich. Das stimmt. Und Heitmann tut das? Ja? Sind Sie sicher? Im Gegensatz zu Ihnen lebt Heitmann in einem Landstrich, in dem ‚Faschismus und Rassismus für immer ausgerottet‘ waren, wie es in allen einschlägigen SED-Parteitagsgesprächen hieß. In den letzten Jahren zeigte sich nun, wie es um diese Antisepsis wirklich steht; frühere Jungpioniere und frühere FDJler schoren sich die Schädel glatt, zogen schwarze Lederstiefel an und stapften hinter der Reichskriegsflagge her, angeführt meistens von Leuten aus dem Westen, grölten ‚Deutschland den Deutschen‘, ‚Ausländer raus‘. Und in Rostock klatschten sogar einige ‚Normalbürger‘ (aber keineswegs ‚die‘ Normalbürger) Beifall. Derweil steigen von Wahl zu Wahl die Stimmengewinne der Nazis — zuletzt in Ihrer Stadt Hamburg, zusammen beinahe acht Prozent. (...)

Heitmanns Satz ‚auch dem Normalbürger eine Stimme zu geben in diesen Debatten‘ ist ein Notsignal — nicht eines Blut-und-Boden-geilen Kleinbürgers, sondern eines Menschen, der die Sprachlosigkeit zwischen diametral auseinanderstrebenden Gruppen im Deutschland der ausklingenden Wohlstandshypochondrie beenden will. Ich halte dies in all meiner Ratlosigkeit gerade wegen der Konjunktur des Rechtsradikalismus für besser, als dem ‚Normalbürger‘ die Stimme zu entziehen — wie Sie es offenbar wünschen; der ‚Normalbürger‘ verdient nicht, in diese Ecke gestellt zu werden, in die er nach Ansicht des ‚stern‘ gehört. (...)

Es bleibt anzumerken, daß die selbsternannten Päpste der Toleranz, Liberalität und Weltoffenheit nunmehr zum Handwerkszeug der Inquisition gegriffen haben, da es einen Menschen zu demolieren gilt, dem nachgewiesen ist, daß er Kohls Westentasche als Logenplatz der Weltgeschichte sieht. Da ist jedes Mittel recht, zum Beispiel auch der Satz, für das Präsidentenamt bedürfe es größter ‚politischer Erfahrungen‘. Aus dem Osten können damit höchstens Leute vom Schläge eines Egon Krenz oder eines Hans Modrow

brillieren. Da diese beiden vielleicht sogar nach Ihrer Meinung ausscheiden, ist dieses Amt für Ostdeutsche wohl nach Ihrer Auffassung a priori tabu.“

ARNO SCHMIDT, FDP-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Parteivorsitzender der FDP in Sachsen: „Die Art der Kampagne gegen Heitmann ist nicht mehr schön, es wird schon nicht mehr auf die von Heitmann vorgetragenen politischen Inhalte geschaut, das gefällt mir überhaupt nicht, und ich werde da nicht mitgaloppieren.“ (Rheinische Post, 14. 10. 1993)

JOCHEN KUMMER, Welt am Sonntag, 10. 10. 1993: „Eine Zäsur in der deutschen Geschichte steht an. Es geht um die erste gesamtdeutsche Wahl eines Bundespräsidenten für das wiedervereinigte Deutschland im Mai kommenden Jahres. (...)“

Allein die CDU hat ein Signal gesetzt. Um dem Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands einen neuen Impuls zu geben, entschied sich ihr Bundesvorstand einstimmig für einen Kandidaten aus den neuen Bundesländern: den sächsischen CDU-Justizminister Steffen Heitmann. Die CDU gibt damit ein zweites Signal: Die Parteiendemokratie zeigt sich in der Lage, das höchste Amt aus den eigenen Reihen zu besetzen, ohne es als einen Bestandteil der Parteienfründe ins Kalkül zu ziehen.“

DIETER SCHRÖDER, Süddeutsche Zeitung, 9. 10. 1993: „Es geht offensichtlich nicht um eine faire Auseinandersetzung und eine Klärung von Standpunkten; vielmehr ist die Absicht zu erkennen, Heitmann von vorne herein jede Chance zu nehmen und seine Kandidatur zu zerstören. Deshalb wird auch kaum der Versuch unternommen, mit ihm über seine angeblich mißverständlichen Äußerungen ins Gespräch zu kommen. Es bestünde die Gefahr, daß man sich eines Vorurteils begeben und darauf verzichten müßte, sich den ‚Emporkömmling‘, wie ihn ausgerechnet die ‚taz‘ abzuqualifizieren versucht, durch eigene Interpretation der ‚Mißverständnisse‘ als Watschenmann zurechtzurücken und auf ihn einzudreschen. (...)“

Daß Heitmann mehr der konservativen Seite zuneigt, kann aber nicht der alleinige Grund für die wütende Abneigung jener sein, die eine linksliberale Position gegen ihn verteidigen zu müssen glauben. Um weiterzukommen, muß man die Psychologie zu Hilfe nehmen. Es fällt auf, daß im Westen zu einem großen Teil diejenigen gegen ihn sind, die der Vereinigung und dem Umzug von Bonn nach Berlin ziemlich verständnislos gegenüberstehen, und daß im Osten das Wort gegen Heitmann jene führen, die, um es mit Pfarrer Friedrich Schorlemmer zu sagen, die DDR nicht abschaffen, sondern reformieren wollten.“

ECKHARD FUHR, Frankfurter Allgemeine, 29. 9. 1993:

Ein Kulturkampf

„Es herrscht Aufruhr an den linken und liberalen Stamm- und Schreibtischen. Das gesunde Volksempfinden begehrt dort auf. Warum? Ein Fremder will Bundespräsident werden. Er heißt Heitmann und kommt aus Sachsen. Er stört die Gemütlichkeit zwischen Postmoderne und Pinot Grigio. Die diffuse Fremdenangst sucht sich Feindbilder. Man fühlt sich besser, wenn man dem anderen die vertrauten Züge des Bösen andichtet. Also stilisiert man Heitmann zum Ewiggestrigen und deutschenationalen Gottseibeius und beschimpft den Fremdling so lange, bis er seines Weges zieht. Ganz so einfach ist das allerdings bei Heitmann nicht.

Warum bloß hat der sächsische Justizminister nicht sechs Kinder, die täglich samt Ehefrau vor ihm strammstehen müssen? Warum plädiert er nicht für die Wiedereinführung der schulischen Prügelstrafe oder des Mutterkreuzes?

Warum kritisiert er an Maastricht genau das, was auch die Grünen kritisieren, nämlich das Demokratiedefizit? Wenigstens die deutsche Ostgrenze könnte er doch ein bißchen in Frage stellen! Warum ruft er nicht unumwunden zu einem ‚Schlußstrich‘ unter die nationalsozialistische Vergangenheit auf? Ist es nicht geradezu unverschämt, daß er in aufklärerischem Gestus danach fragt, welche politische Funktion ihre andauernde Beschwörung habe? Kurz:

Warum verbirgt Heitmann sein wahres reaktionäres Finsterlingsgesicht und zwingt seine Gegner so zu mühseliger Entlarvungsarbeit? Es ist schon infam, daß Heitmann die weltläufigen, toleranten und aufgeklärten Wortführer der liberalen Öffentlichkeit dabei vorführt, wie sie eifernd nach Krümeln suchen.

Doch wenn es ans Teufelaustreiben geht, zählt jedes kleinste Zeichen. Die Exorzisten wissen sie zu deuten. Einer heißt Schmidt-Holtz und ist Herausgeber und Chefredakteur des ‚Stern‘. Gleich viermal nennt er Heitmann ‚gefährlich‘. Warum? Weil er sich eines ‚Reihenabwurfs verbaler Brandsätze‘ schuldig gemacht habe. Das Bild ist von überwältigender Eindringlichkeit. Man sieht Heitmann gnadenlos mit dem rhetorischen Kampfhubschrauber übers deutsche Land jagen, und wo Wörter wie Mutterschaft oder nationale Identität einschlagen, da brennen dann türkische Häuser oder Flüchtlingsheime.

Wenn der Teufel erst einmal identifiziert ist, sind Spott und Hohn bewährte Mittel der Austreibung. Heitmann sei ja nur ein kleines Teufelchen, heißt es dann, daß die Westentasche des Kanzlers als ‚Logenplatz der Weltgeschichte‘ empfinde. Er sei des ‚Kanzlers Kandidat und Nasenbär‘, schreibt der ‚Stern‘. Mit diesem allerliebsten Vergleich aus dem Tierreich stellt sich die Hamburger Illustrierte in die große deutsche Tradition des Vertreibungsjournalismus.

Wenn Dämonisierung und Spott noch nicht genügen, dann greift der liberale

Exorzist zur schärfsten Waffe: er nennt Heitmann einen Normal-Ossi, einen, der weder verstrickt noch Widerstandskämpfer war, sich mit der DDR nie abgefunden und die deutsche Einheit immer gewollt habe. Deutlicher kann das Urteil ‚Geh, du gehörst nicht zu uns‘ nicht ausfallen, und für die Stammtische ist die Ordnung der Welt wiederhergestellt. Sie können sich höchsten Zuspriechungs offenbar gewiß sein. Der ‚Spiegel‘ jedenfalls berichtet, Bundespräsident von Weizsäcker nenne Heitmann einen ‚unbescholtenen, konturenarmen Nischen-Ossi‘, der sich überdies erdreiste, mit den Funktionären des SED-Unterdrückungsapparates noch nicht Frieden schließen zu wollen. Der Bundespräsident hat das eigentümlich gewunden mit den Worten demontieren lassen, er nehme an der Diskussion über seinen Nachfolger und an der Bewertung von Kandidaten nicht teil und habe ‚auch niemanden autorisiert, dies in seinem Namen spekulativ zu tun‘. Spekulativ?

Warum diese ganze Aufregung um Heitmann? Warum diese Kampagne, in der sich politische Killer-Instinkte ungehemmt austoben? Man hat den Eindruck, als ginge es für ihre Protagonisten ums Überleben. Vielleicht täuscht dieser Eindruck ja nicht. Der Streit um Heitmann trägt die Züge eines Kulturkampfes. Es geht um die Herrschaft über die Diskurse, also darum, wem zwingen kann, politische Aussagen moralisch zu legitimieren.

Seit der Wiedervereinigung bröckelt die linksliberale Hegemonie in der politisch-intellektuellen Öffentlichkeit. Linke und Liberale merken das, auch wenn sie fälschlicherweise die altbekannte ‚Rechte‘ auf dem Vormarsch sehen. Ihre Begrifflichkeit ist stumpf für das, was geschieht. Sie sehen nur das, was sie immer schon wußten.

In den großen Grundsatzdebatten der letzten Jahre brach der linksliberale Konsens immer mehr auseinander. Die Erbschaft von Achtundsechzig zerfällt. Das Verhältnis zur nationalen Einheit war die erste große Bruchlinie. Es folgte der Golfkrieg, der Pazifisten und Bellizisten schied. Eng damit zusammen hing die schmerzhafteste Erkenntnis, daß die Besinnung auf die NS-Vergangenheit keine verbindlichen politischen Maßstäbe für Gegenwart und Zukunft erbringt. Das grassierende Übel jugendlicher Gewalt schließlich ließ auch den Glauben an die emanzipatorische Pädagogik schal werden. Die bedeutenden Intellektuellen des Landes bedienen längst nicht mehr den linksliberalen Mainstream. Sie gehen, wie Hans Magnus Enzensberger, Botho Strauß oder Martin Walser, auf verstörende Weise eigene Wege.

Eine Kandidatur Heitmanns, gar seine Wahl zum Bundespräsidenten, wäre ein Zeichen dafür, daß die kulturelle Veränderung in Deutschland nicht nur auch die politische Klasse erreicht hat, sondern im höchsten Staatsamt Ausdruck findet. Das ist der Grund für die Wut und Rücksichtslosigkeit der Kampagne.“